

Beschluss

UN-AGENDA 2030: RICHTSCHNUR SOZIAL-DEMOKRATISCHER ENTWICKLUNGSPOLITIK

SPD- Bundestagsfraktion
25. Juni 2019

UN-AGENDA 2030: RICHTSCHRUR SOZIALDEMOKRATISCHER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Es geht um ein gutes Leben für alle. 2015 haben die Staats- und Regierungschefs der Welt bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Aufgabe und Anspruch der Agenda ist es, einen globalen Entwicklungsfahrplan zu entwerfen, bei dem Armuts-, Entwicklungs- und Umweltagenda miteinander verknüpft werden.

Die Agenda ist ein wichtiger und umfassender Bezugsrahmen für künftige sozialdemokratische nationale wie auch internationale Politik. Auch verbindet die Agenda die sozialen Fragen mit den großen Fragen der Ökologie wie dem Schutz des Klimas, der Meere, der biologischen Vielfalt und der Böden. Die Herausforderung, wie sich beides miteinander verbinden lässt, ein Leben in Würde für alle Menschen, ohne dabei die ökologischen Grenzen des Erdsystems zu sprengen, ist auch für die SPD sowohl mit Blick auf Deutschland als auch auf die Welt eine zentrale Aufgabe. In den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) der Agenda geht es vor allem um strukturelle Herausforderungen, darunter menschenwürdige Arbeit, die Reduzierung von Ungleichheit, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, aber auch Friedensfragen. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik zeichnet sich schon immer dadurch aus, dass sie die Bedeutung gerechter globaler Strukturen für Entwicklung in den Vordergrund rückt.

Die Agenda ist universell und gilt für Entwicklungs- und Schwellenländer ebenso wie für Industrieländer, also auch für Deutschland. Und sie erfordert politische Mitgestaltung und Mitwirkung verschiedenster politischer Akteure – von Nachbarschaften und Betrieben, über Kommunen bis hin zur nationalen, europäischen und globalen Ebene. Die Agenda formuliert einen Veränderungsanspruch hin zu einer sozial-ökologischen Transformation, die von der Sozialdemokratie ausformuliert und mit Leben gefüllt werden muss. Um die Ziele zu erreichen, müssen wir künftig nationale und internationale Herausforderungen und Lösungsansätze besser miteinander verzahnen. Unsere Politik muss dabei so ausgerichtet sein, dass sie die Erreichung dieser Ziele in anderen Ländern fördert. Zudem muss Deutschland seine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen einbringen, um einen globalen Ordnungsrahmen zu schaffen, der es anderen, schwächeren Ländern ermöglicht, die Ziele auch zu erreichen.

Unsere Entwicklungspolitik verfolgt konsequent einen Menschenrechtsansatz – sowohl in der Zielsetzung als auch bei der Umsetzung. Dieses Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion gibt einen Überblick über unsere entwicklungspolitischen Ziele. Diese sind eingebettet in die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda.

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf bei folgenden Themen:

1. Entwicklungsfinanzierung sichern

... deshalb stehen wir weiterhin zu dem Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen.

2. Steuergerechtigkeit schaffen

... deshalb konsequent gegen die unfaire Steuervermeidung internationaler Konzerne vorgehen und die Einführung eines weltweit wirksamen Mindeststeuersatzes unterstützen.

3. Fair Play im Welthandel einführen

... deshalb faire und nachhaltige Handelsverträge auf den Weg bringen.

4. Gute Arbeit weltweit ermöglichen

... deshalb müssen Sorgfaltspflichten und verantwortliches Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten verbindlich werden.

5. Bildungschancen ausbauen

... deshalb allen Mädchen und Jungen eine Grund- und Sekundarbildung ermöglichen und lebenslanges Lernen fördern.

6. Sozialen Schutz ausbauen

... deshalb einen Globalen Fonds für Sozialen Basisschutz ins Leben rufen.

7. Biodiversität erhalten

... deshalb insbesondere Wälder und Meere weltweit vor nicht-nachhaltiger Nutzung schützen.

8. Klimaschutz verstärken

... deshalb sozialverträglich aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen und damit die Ziele des Pariser Klimaabkommens umsetzen.

DIE FÜR JEDES LAND ZU ERREICHENDEN 17 ZIELE DER UN-AGENDA 2030

1. KEINE ARMUT

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 die extreme Armut überall auf der Welt beseitigen.

Die Fakten:

- 736 Millionen Menschen leben in extremer Armut von unter 1,90 US Dollar pro Tag.
- 80 Prozent der extrem Armen leben in Südasien und Subsahara-Afrika.
- 1,3 Milliarden Menschen sind von unterschiedlichen Dimensionen von Armut betroffen

Die Herausforderungen:

Extreme Armut hat seit 1990 erheblich abgenommen, dennoch hat Armut auch heute noch viele Gesichter. Denn Armut bedeutet nicht allein den täglichen Kampf ums Überleben. Arm zu sein, heißt auch, ausgeschlossen zu sein von gesellschaftlicher Teilhabe, vom Zugang zu Bildung, von Guter Arbeit und von politischen und sozialen Grundrechten. Auch mangelhafte staatliche Strukturen und Korruption verhindern oft eine zielgerichtete Armutsbekämpfung, die Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht. Eine weitere Herausforderung ist die Absicherung derjenigen, die knapp über der extremen Armutsgrenze leben und nach wie vor einem hohen Armutsrisiko ausgeliefert sind. So können nach Schätzungen allein durch den Klimawandel 100 Millionen Menschen bis 2030 wieder in Armut zurückfallen.

Unsere Forderungen:

Sozialer Schutz: Universelle soziale Basisschutzsysteme (Social Protection Floors) sind die beste Versicherung gegen Armut. Denn sie vermindern Armutsrisiken, Ungleichheit und soziale Exklusion. Das hat nicht zuletzt die globale Finanzkrise gezeigt. Um soziale Sicherungssysteme aufzubauen, müssen Ressourcen langfristig bereitgestellt werden. Neben der Unterstützung beim Aufbau von Steuersystemen brauchen viele Länder auch Finanzierungshilfen. Wir fordern deshalb, einen Globalen Fonds einzurichten, der den Aufbau von Sicherungssystemen (z.B. Unfall-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung und Alterssicherung) nachhaltig finanziell unterstützt.

Schwerpunkt bei der Armutsbekämpfung auf fragile Staaten legen: Fragile Staaten werden zukünftig die Armutsorte Nummer 1 sein. Diese Länder haben zumeist gravierende Defizite bei der Versorgung mit staatlichen Grundfunktionen, wie der Durchsetzung eines legitimen Gewaltmonopols, der Rechtsetzung oder der sozialen Versorgung. Deshalb müssen hier Nothilfe, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen viel enger als bisher miteinander verschränkt sein. Ein langer Atem und Kohärenz in unseren Programmen und zwischen den Ressorts sind hier keine Lippenbekenntnisse, sondern Voraussetzung für Erfolg.

Weiterdenken in der Entwicklungsfinanzierung: Private Investitionen sind wichtig, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Auch private Investitionen sollten sich daran orientieren, Entwicklung zu fördern, Armut zu reduzieren und Nachhaltigkeit zu unterstützen. Aber die Umsetzung der SDGs bleibt in erster Linie eine öffentliche Aufgabe. Deshalb müssen wir die Länder, aber auch die internationalen Organisationen – allen voran die Vereinten Nationen – in die Lage versetzen, diese Aufgaben auch finanziell zu meistern. Gerade mit Blick auf die Bekämpfung von extremer Armut müssen die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt werden. Weiterdenken bedeutet auch, dass sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dabei nicht weiter nur auf Länder mittleren und oberen Einkommens konzentriert.

2. KEIN HUNGER

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 den Hunger und alle Formen der Fehlernährung beenden

Die Fakten:

- Alle zehn Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Hunger.
- Jeder neunte Mensch weltweit ist unterernährt.
- Wir könnten heute schon 12 Mrd. Menschen ernähren.

Die Herausforderungen:

Nach beständigen Erfolgen bei der Bekämpfung des Hungers in den letzten zehn Jahren steigt die Zahl der Hungernden wieder. Kein Menschenrecht wird so oft verletzt wie das Recht auf Nahrung. In Ländern mit bewaffneten Konflikten ist Hunger doppelt so hoch wie im Rest der Welt. Drei Viertel aller Hungernden leben im ländlichen Raum. 500 Millionen Kleinbauern weltweit sind landlos. Ob es gelingt, dauerhaft den Hunger zu beenden (und damit weitere Ziele zu erreichen), wird wesentlich von der Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion abhängen. Landwirtschaft ist die Erwerbs- und Existenzgrundlage von über einem Drittel der Menschheit, und sie gehört mit gut 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen zu den Hauptquellen menschengemachter Klimaveränderung. Viele der Herausforderungen sind einer industriellen Landwirtschaft geschuldet, die weltweit zwar nur einen kleinen Teil der Nahrung produziert, das ganze System dennoch maßgeblich prägt.

Unsere Forderungen:

Ländliche Entwicklung für die Hungerbekämpfung hat Priorität: Ländliche Entwicklung bekämpft Hunger nachhaltig. Es gilt, den ländlichen Raum strukturell zu stärken durch Investitionen in die technische, soziale und Verkehrsinfrastruktur einschließlich sozialer Sicherungs- und Gesundheitssysteme, Mobilfunknetze, gute und leicht erreichbare Bildungsangebote, Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft und die Förderung von Wertschöpfung vor Ort.

Für eine globale Agrarwende: Hunger ist nur vor Ort zu lösen – durch Ernährungssouveränität und lokale Erzeugung. Deshalb unterstützen wir den Aufbau und Erhalt lokaler Lebensmittelmärkte und regionaler Vermarktungswege sowie den gemeinschaftlichen Zugang zu Land und Wasser. Eine Voraussetzung dafür sind sichere Pacht- und Eigentumsverhältnisse, auch in Formen des Gemeinschaftseigentums. Wir plädieren außerdem für den Aufbau von

regionalen Ernährungsräten, in denen Bauern politische Mitsprache haben und die Produzenten, Konsumenten, lokale und regionale Institutionen, Wissenschaft und Händler an einen Tisch zusammenkommen. Um lokale und regionale Ernährungssysteme stabil zu machen, müssen wir agrarindustrielle Ansätze, die auf Monokulturen fokussieren und häufig mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen, eindämmen und stattdessen agrarökologische Ansätze fördern. Dies wollen wir durch eine stärkere Fusionskontrolle, durch Maßnahmen gegen den Missbrauch von Marktmacht und Landgrabbing, durch die Offenlegung von Landkäufen durch Konzerne und Investoren sowie durch ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln erreichen.

Kohärenz der Politik: Die deutsche und die europäische Politik müssen stärker als bisher die Folgen und negativen Auswirkungen auf die Ernährungssicherung im globalen Süden in unsere Produktions- und Konsummuster einbeziehen. Das betrifft Außenhandels-, Agrar-, Rohstoff-, Energie- und Finanzpolitik gleichermaßen. Wir wollen insbesondere dafür sorgen, dass die deutsche und europäische Agrarpolitik den Erfolgen der Entwicklungspolitik nicht länger entgegen wirken – oder sie sogar durch Subventionspolitik gefährden. Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden.

3. GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

Wichtigstes Ziel:

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Die Fakten:

- Wenigstens die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen angemessenen (vollen) Zugang zur Gesundheitsversorgung
- Seit 2000 haben Masernimpfstoffe fast 15,6 Millionen Todesfälle verhindert.
- In den ärmsten Entwicklungsländern kommt auf 1.000 Menschen ein Arzt.

Die Herausforderungen:

Gesundheit ist gleichermaßen Voraussetzung wie Ziel nachhaltiger Entwicklung. Die Fortschritte, die weltweit in den letzten Jahren erzielt wurden, sind unbestritten. So fiel die Müttersterblichkeitsrate um 37 Prozent und die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um 47 Prozent. Aber die aktuellen Zahlen bleiben erschreckend. Noch immer sterben jeden Tag etwa 15.000 Kinder unter 5 Jahren, da sie keinen Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung haben. Nach wie vor trifft Krankheit arme Menschen ungleich härter, da sie selten über eine finanzielle Absicherung verfügen, um sowohl Verdienstaustausch als auch die Kosten für ärztliche Behandlung und Medikamente abfangen zu können. Gesundheit ist teuer – dabei ist es ein Menschenrecht.

Unsere Forderungen:

Globalen Gesundheitsschutz ausbauen: Die Initiative der Bundesregierung mit einem Globalen Aktionsplan die Erreichung des Gesundheitsziels voranzutreiben, halten wir für wichtig und richtig. Damit die Umsetzung auch gelingt, muss die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) finanziell wie strukturell gestärkt werden, um die verschiedenen

Akteure und Fonds besser zu koordinieren. Dem Aktionsplan müssen ein menschenrechtsbasierter Ansatz und das Prinzip der Agenda, die schwächsten und Verwundbarsten in den Mittelpunkt zu stellen und niemanden zurückzulassen („leave no one behind“), zugrunde liegen. Dass die Zivilgesellschaft am Prozess beteiligt wird, ist für uns Voraussetzung für eine gelungene Umsetzung. Globale Gesundheit braucht globale Antworten. Deshalb müssen Organisationen, wie der Globale Fond gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria (Global Fund to Fight Aids, Tuberculosis and Malaria - GFATM) und die Globale Impfallianz (Gavi, the Vaccine Alliance) mit ausreichenden Haushaltsmitteln ausgestattet werden. Vernachlässigte Tropenkrankheiten betreffen weltweit 1,5 Milliarden Menschen. Sie müssen stärker in den Blick genommen werden.

Gesundheit ist Menschenrecht: Gesundheitssysteme sind zentraler Bestandteil sozialer Basisschutzsysteme. Wir wollen keine Insellösungen, um eine Absicherung im Krankheitsfall zu ermöglichen, sondern umfassende Systeme, die die Gesamtheit sozialer Sicherung in den Blick nehmen (Universal Health Coverage – UHC). Durch unsere Gesundheitsprogramme wollen wir die medizinische Versorgung insbesondere in ländlichen Gebieten verbessern und einen gerechten Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung schaffen. Denn ein gesundes Leben darf kein Privileg einzelner Länder oder Bevölkerungsgruppen bleiben. Deswegen ist auch ein Braindrain von medizinischem Personal aus Entwicklungsländern zu verhindern.

4. HOCHWERTIGE BILDUNG

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und wirkungsvollen Lernergebnissen führt

Die Fakten:

- Weltweit haben mehr als 260 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 17 Jahren keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen.
- 50 Prozent der Kinder im Grundschulalter, die nicht zur Schule gehen, leben in Konfliktgebieten.
- Weltweit können 750 Millionen Jugendliche und Erwachsene nicht lesen und schreiben, davon sind fast zwei Drittel Frauen.

Die Herausforderungen:

Bildung geht unmittelbar mit der Chance auf Selbstbestimmung einher, indem sie Menschen befähigt, ihre politische, soziale, kulturelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Situation zu verbessern. Bildung wirkt als Hebel für alle anderen Entwicklungsziele. Trotz erheblicher Verbesserungen in den letzten Jahren, bleibt der Zugang zu Bildung ungerecht verteilt zwischen den Geschlechtern, zwischen reichen und armen Haushalten sowie zwischen Stadt und Land. Auch Konflikte tragen dazu bei, dass Kinder und Jugendliche von Bildung ausgeschlossen werden. Bildung ist ein öffentliches Gut, doch in den meisten Ländern ist der Bildungssektor unterfinanziert. Neben der weiterhin notwendigen Förderung von Grund- und Sekundarschulbildung, sind auch die Verbesserung der beruflichen Bildung sowie die Stärkung der Hochschulen in Entwicklungsländern ein wichtiges Ziel.

Unsere Forderungen:

Integrierte Bildungskonzepte umsetzen: Die Förderung von Bildung soll weiterhin ein Schlüsselbereich der deutschen Entwicklungspolitik bleiben. Ausgehend vom Ansatz des „lebenslangen Lernens“ bedeutet das für uns, dass alle Bildungsbereiche und -formen gefördert werden müssen: von der frühkindlichen Bildung über die Grund- und die Sekundarschulbildung, die berufliche und die Hochschulbildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Für die Hochschulbildung setzen wir auf die Förderung von Forschung vor Ort, den Aufbau von Fachhochschulen, Hochschulkooperationen, den Austausch von Studierenden und die Vergabe von Stipendien.

Globale Bildungspartnerschaft (Global Partnership for Education – GPE) fördern: Wir wollen die Globale Bildungspartnerschaft und ihren Ansatz stärker unterstützen, das gesamte Bildungssystem eines Landes in den Blick zu nehmen. Dafür braucht es auch ausreichend finanzielle Mittel. Wir werden deshalb darauf dringen, dass sich Deutschland künftig mit einem deutlich höheren Beitrag als bisher an der GPE beteiligt. Deshalb haben wir im Haushalt des BMZ die Mittel des GPE für 2019 mit 37 Mio. Euro mehr als verdoppelt

5. GESCHLECHTERGLEICHHEIT

Wichtigstes Ziel:

Alle Formen der Gewalt und Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden.

Die Fakten:

- In 49 Ländern gibt es keine Gesetze, die Frauen vor häuslicher Gewalt schützen.
- 750 Millionen Mädchen unter 18 Jahren sind schon verheiratet.
- Zwischen 1990 und 2017 waren nur 2 Prozent der Vermittelnden, 8 Prozent der Verhandlungsführenden und 5 Prozent derjenigen, die Friedensprozesse bezeugten und unterzeichneten, Frauen.
- Weltweit ist nur knapp ein Viertel aller Mitglieder von nationalen Parlamenten weiblich.

Die Herausforderungen:

In Sachen Gleichstellung hat sich in den vergangenen Jahren viel getan: Gewalt und Diskriminierungen von Frauen konnten abgebaut und mehr gesellschaftliche Teilhabe erkämpft werden. Doch noch immer leiden viele Frauen und Mädchen in Krisen- und Konfliktregionen unter massiven Gewalthandlungen. In vielen Entwicklungsländern haben sie einen schlechteren oder gar keinen Zugang zu Bildung, sozialer Sicherung und anderen wichtigen Ressourcen. Doch die erzielten Fortschritte sind in Gefahr, denn derzeit erleben wir einen weltweiten Angriff auf die bereits erkämpften Gleichstellungsrechte. Wichtige Geber, insbesondere die USA, ziehen sich aus Programmen zur Förderung von Frauengesundheit zurück und rechtspopulistische Akteure stellen Frauenrechte und Gender-Mainstreaming grundsätzlich infrage. Zudem haben Frauen weltweit noch immer geringeren politischen Einfluss und geringere wirtschaftliche Macht als Männer. Nur wenigen gelingt der Aufstieg in Führungspositionen.

Unsere Forderungen:

Klares „Ja“ zu Frauenrechten: Frauen sind der Schlüssel für gelingende Entwicklung. Dort wo Frauen Mitbestimmungsrechte erhalten, stärkt dies die gesamte Gesellschaft. Die Gleichstellung der Geschlechter ist auch zentral für die Entwicklung von Wirtschaftskraft. Gerade deshalb müssen wir Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema in allen Bereichen berücksichtigen. Durch den weiteren Abbau rechtlicher und politischer Diskriminierung sowie der Förderung von reproduktiver Gesundheit wollen wir Frauenrechte stärken. Frauen werden in familien- und erbrechtlichen Regelungen vielerorts nach wie vor benachteiligt. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört vor allem auch der einfache Zugang zu Instrumenten der Familienplanung, auf den wir einen Schwerpunkt legen wollen. Wir unterstützen die Arbeit von UN-Women, als eine zentrale Institution für die Gleichstellung der Geschlechter und haben dafür gesorgt, dass die Mittel im Haushalt des BMZ 2019 verdoppelt wurden. Wir wollen Maßnahmen unterstützen, die darauf abzielen, mehr Frauen in politische Ämter zu bringen.

Klares „Nein“ zu Gewalt gegen Frauen: Wir wollen sicherstellen, dass Frauen an Krisenprävention, Konfliktbeseitigung und Friedenskonsolidierung beteiligt werden. Für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt fördern wir Maßnahmen, die Mädchen und Frauen gezielt stärken. Hierzu gehören für uns Projekte, die besonders die Frauengesundheit im Blick haben und solche, die Frauenrechte stärken, um Frauen eine selbstbestimmte Familienplanung zu ermöglichen. In unserer zweijährigen Amtszeit im UN-Sicherheitsrat werden wir uns für die aktive Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen starkmachen. In allen Resolutionen, die wir mittragen, wollen wir dem Gender-Aspekt explizit Rechnung tragen. Zudem werden wir den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ weiterverfolgen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft überprüfen wir, ob die Ziele erreicht werden und passen unsere Strategie den aktuellen Entwicklungen fortlaufend an.

Frauen sind ein wesentlicher Motor von Entwicklung: Damit Frauen auch wirtschaftlich gestärkt werden, setzen wir bei den strukturellen Ursachen an. Das bedeutet, dass wir Frauen bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit gezielt unterstützen. Damit Frauen eine aktivere Rolle auf dem Arbeitsmarkt übernehmen und ökonomisch unabhängig sein können, müssen Arbeitsmärkte auf die Bedürfnisse von Frauen und Männern gleichermaßen ausgerichtet sein. In vielen Ländern bleibt Frauen der gleichberechtigte Zugang zum Wirtschaftsleben jedoch verwehrt. Daher ist es wichtig, dass sie einen gesicherten Zugang zu Besitz- und Landtiteln haben. Eine Stärkung im Erbrecht muss damit einhergehen. Eine Grundvoraussetzung für die Wahrnehmung eigener Rechte, einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und eine Stärkung von Mädchen und Frauen, ist die eigene Geburtsurkunde. Daher muss dies geschlechterneutral für alle garantiert sein, denn nur wer gezählt wird, zählt.

6. SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 den allgemeinen und gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle erreichen.

Die Fakten:

- 1,8 Milliarden Menschen weltweit beziehen ihr Trinkwasser aus einer mit Fäkalien verunreinigten Quelle.
- 4,5 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen wie Toiletten oder Latrinen.
- 80 Prozent des Abwassers weltweit wird ohne Klärung in die Umwelt eingeleitet.

Die Herausforderungen:

Wasser ist Leben. Der fehlende Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitäranlagen in Entwicklungsländern ist Auslöser von vermeidbaren Krankheiten und Todesfällen und treibt die Armutsspirale weiter voran. Auf Grund der globalen Klimaerwärmung wird Wasser zur knappen Ressource und zum Auslöser von Konflikten, von Flucht und Migration. Abwasser und Abfälle sowie gefährliche Chemikalien werden vielerorts ungeklärt in Gewässer eingeleitet, stellen zusätzliche Gesundheitsrisiken dar und belasten und verändern ganze Ökosysteme. Zudem sind durch den fortschreitenden Klimawandel viele Grundwassersysteme gefährdet. Diese Probleme werden im Zuge der raschen Verstädterung noch weiter zunehmen.

Unsere Forderungen:

Wasser nicht privatisieren: Wir setzen uns dafür ein, dass Wasser ein öffentliches Gut bleibt. Wasser ist keine Ware, mit der Rendite erzielt werden darf. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht und jedem Menschen muss stets bezahlbares Wasser in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung stehen. Deshalb gehört die Versorgung mit Trinkwasser in die öffentliche Hand. Der Entwässerung ganzer Landstriche durch Großkonzerne zulasten des Gemeinwohles, stellen wir uns entschieden entgegen.

Innovative Programme zur Wasserbewirtschaftung fördern: Um eine saubere Trinkwasser- und ausreichende Sanitärversorgung für alle zu gewährleisten, müssen Programme der Wassersammlung, Wasserspeicherung, Entsalzung, Abwasserbehandlung sowie Wiederaufbereitungstechnologien sowohl in der bilateralen als auch in der internationalen Zusammenarbeit intensiv gefördert werden. Der vorbeugende Gewässerschutz ist hierbei prioritär. Verschmutzte wasserverbundene Ökosysteme müssen rehabilitiert und geschützt werden. Die Umstellung auf eine ressourcenschonende, nachhaltige Landwirtschaft und auch die Verbesserung der Abfallsammlung, -verwertung und -entsorgung ist ein wichtiger Schritt für besseres Trinkwasser.

7. BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und moderner Energieversorgung sichern.

Die Fakten:

- Knapp eine Milliarde Menschen haben heute noch keinen Zugang zu Elektrizität.
- Vier von zehn Menschen fehlen saubere Brennstoffe und Technologien zum Kochen.
- Moderne Formen erneuerbarer Energien (ohne traditionelle Biomasse) machen heute knapp 10 Prozent des globalen Energiekonsums aus.

Die Herausforderungen:

In den letzten 15 Jahren konnten immer mehr Menschen vom Zugang zu Elektrizität profitieren. Der Zugang zu Energie ist ein Schlüssel für Lebensqualität und Wohlstand. Angesichts des rasant steigenden Energiebedarfs, müssen Klimaschutz, der Schutz der Biodiversität und Wirtschaftswachstum verbunden werden und es muss den drastisch gestiegenen Treibhausgasemissionen entgegengewirkt werden. Denn auch die Schwellen- und Entwicklungsländer haben ein berechtigtes Interesse an wirtschaftlichem Wachstum, bezahlbarer Energie und sicherer Energieversorgung.

Unsere Forderungen:

Die Energieversorgung dezentral gestalten und auf erneuerbare Energien setzen: Erneuerbare Energien sind nicht nur klimafreundlich und nachhaltig, sondern bieten durch ihre dezentralen Einsatzmöglichkeiten gerade in ländlichen Gebieten enorme Entwicklungsmöglichkeiten. Dies ist besonders bedeutend, da 87 Prozent der Menschen ohne Zugang zu Energie in ländlichen Regionen leben. Durch den Ausbau von dezentralen solar- und windbasierten Einzelversorgungssystemen erhält die ländliche Bevölkerung Zugang zu Energie – und damit höhere Lebensqualität und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung.

Energiepartnerschaften ausbauen: Wir wollen die Entwicklungs- und Schwellenländer bei dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung umfassend unterstützen. Wir setzen uns daher für den Ausbau und die Umsetzung von Energiepartnerschaften wie beispielsweise der Afrika-EU-Energiepartnerschaft ein. Gleichzeitig fördern wir international auch weiterhin den Ausbau Erneuerbarer Energien, beispielsweise durch finanzielle Unterstützung von Initiativen wie der Initiative für erneuerbare Energien in Afrika (Africa Renewable Energy Initiative – AREI). Die Bereitstellung von Know-how, der Kapazitätenaufbau und der Technologietransfer im Bereich Erneuerbare Energien sind hierbei für uns zentral. Wir lehnen eine Beteiligung an atomaren Energieprojekten in Schwellen- und Entwicklungsländern ab.

Eine globale Energiewende: Deutschland kann mit einer erfolgreichen Energiewende, die bezahlbar ist und Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien gewährleistet, Vorreiter sein für Länder in der ganzen Welt. In den internationalen Klimaverhandlungen zur Umsetzung des Pariser Abkommens unterstützen wir den sozialverträglichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Kohle und Öl und setzen uns für eine globale Energietransformation ein. In Deutschland halten wir an unserem Ausbauziel für erneuerbare Energien von 65 Prozent bis 2030 fest. Im Rahmen des Klimaschutzgesetzes wollen wir dafür konkrete Maßnahmen

entwickeln und notwendige Emissionsminderungsziele nicht nur für den Energie-, sondern auch für den Verkehrs-, Landwirtschafts- und Bausektor einführen.

8. MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen.

Die Fakten:

- Weltweit sind 61 Prozent aller Beschäftigten im informellen Sektor tätig.
- 152 Millionen der 5- bis 17-Jährigen leisten Kinderarbeit davon sind 73 Millionen gefährlichen Formen von Arbeit ausgesetzt.
- Weltweit werden zwischen 2016 und 2030 470 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze benötigt.

Die Herausforderungen:

Die Erfolge der letzten 25 Jahre sind groß: Die Anzahl der Arbeitnehmer, die in extremer Armut leben, ist drastisch gesunken und in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern hat sich eine stabile Mittelschicht herausgebildet. Die Wirtschaft wächst jedoch langsamer als vor der Krise, gleiches gilt für die Arbeitsproduktivität. Dort, wo es ein hohes Wirtschaftswachstum gibt, ist es oft nicht breitenwirksam genug und die Gewinne kommen vor allem der Oberschicht zugute. Zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten im informellen Sektor und verfügen somit über keinerlei vertragliche Absicherung geschweige denn sozialen Schutz. Hinzukommt, dass Gewerkschaftsrechte in vielen Ländern – wenn überhaupt – nur auf dem Papier existieren. Von guter Arbeit, also Arbeit, die sicher ist und fair bezahlt wird, sind wir dort weit entfernt. Und der Standortwettbewerb um die niedrigsten Standards und günstigsten Arbeitsbedingungen verschlechtert die Situation der Arbeitnehmer noch weiter.

Unsere Forderungen:

Fokus auf neue Jobs – Gute Arbeit weltweit stärken: In vielen sich entwickelnden Staaten existiert eine hohe Arbeitslosigkeit und die schnell wachsende Bevölkerung braucht dringend berufliche Perspektiven. Die Schaffung von Jobs hat deshalb eine enorme Bedeutung und sollte von Deutschland und der EU intensiv unterstützt werden. Dabei ist für uns klar, nur mit existenzsichernden Löhnen, basierend auf fairen Arbeitsbedingungen und klaren Perspektiven, kann eine Volkswirtschaft nachhaltig funktionieren und eine Gesellschaft fair gestaltet sein. Wir sollten unsere Partnerländer bei einer solchen Entwicklung unterstützen und Gute Arbeit fördern. Denn Gute Arbeit weltweit zu stärken, gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Gute Arbeit sichert den Lebensunterhalt, verringert Ungleichheit, fördert die Gleichstellung der Geschlechter und stärkt Gemeinschaften. Dazu gehört auch das Recht auf Gründung von Gewerkschaften und auf Kollektivverhandlungen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns dafür ein. In allen EU-Handels-, -Investitions- und -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen müssen verbindliche soziale (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen vereinbart werden. Schließlich müssen wir die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) stärker unterstützen, um die Interessen der Arbeitnehmer in der globalen Ökonomie zu verteidigen.

Verbindliche Regelungen für Unternehmensverantwortung schaffen: Mit dem 2016 verabschiedeten Nationalen Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ (NAP) hat die Bundesregierung einen Rahmen zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten entlang globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten formuliert. Die konsequente Umsetzung des NAP ist für uns von zentraler Bedeutung. Falls die im ersten Schritt vorgesehenen freiwilligen Regelungen nicht ausreichen, ist die Ausweitung des Aktionsplans zu einer gesetzlich bindenden Regelung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten in globalen Wertschöpfungsketten – auch auf EU-Ebene – unser Ziel. Auf Ebene der Vereinten Nationen unterstützen wir außerdem ein internationales Abkommen, das die VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte stärkt, Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Rechte hilft und Rechtssicherheit für Unternehmen schafft.

9. INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 die Infrastruktur modernisieren und die Industrien nachrüsten, um sie nachhaltig zu machen.

Die Fakten:

- Von 2005 bis 2016 wuchs die Pro-Kopf-Wertschöpfung im Fertigungssektor in den LDCs zwar um fast 59 Prozent, machte aber weiterhin nur 2 Prozent der Wertschöpfung von Europa und Nordamerika aus.
- Jeder Arbeitsplatz in der verarbeitenden Industrie schafft 2,2 Jobs in anderen Sektoren.
- 16 Prozent der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu mobilen Breitbandnetzen.

Die Herausforderungen:

Investitionen in Infrastruktur, Industrie und Innovation sind grundlegende Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung. Fehlende oder mangelhafte Infrastruktur beeinträchtigt in vielen Ländern die Unternehmensproduktivität. Die Finanzierungslücke zwischen Bedarf und tatsächlichen Investitionen wird in den Entwicklungsländern auf 1 bis 1,5 Billionen US Dollar jährlich geschätzt. Die Wertschöpfung der verarbeitenden Industrie in den am wenigsten entwickelten Ländern beträgt verglichen mit Europa und Nordamerika nur einen Bruchteil (100 US Dollar im Vergleich zu 4.600 US Dollar pro Kopf). Auch wenn durch Mobiltelefone fast alle Menschen mittlerweile Anschluss an die globale Wissensgesellschaft haben, so besteht nach wie vor eine „digitale Kluft“ zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Misst man den Innovationsgrad an den weltweit angemeldeten Patenten, so bilden die Entwicklungsländer das Schlusslicht der Rangliste.

Unsere Forderungen:

Infrastruktur der Ver- und Entsorgung als öffentliches Gut erhalten: Der Großteil der weltweiten Infrastruktur-Finanzierung erfolgt über öffentlich-private Partnerschaften (PPPs). Institutionelle Investoren wie Pensionsfonds und Versicherungen beschleunigen eine neue Generation von PPPs, in der Regierungen „bankfähige“ Projekte anbieten müssen. So werden politische Entscheidungen verzerrt: Denn Finanzunternehmen bestimmen, welche Infrastrukturprojekte am wichtigsten (sprich rentabel) sind und nicht die betroffenen Bevölkerungsgruppen. An Qualität ausgerichtete öffentliche Dienstleistungen müssen einen Zugang für alle garantieren, frei von Diskriminierung und rechtlich durchsetzbar sein. Sie

müssen auf die Grundbedürfnisse der Menschen eingehen und nachhaltig sein, in dem sie den ökologischen Fußabdruck reduzieren und saubere Technologien nutzen. Um dem weltweiten Privatisierungstrend entgegen zu wirken, müssen wir auf internationaler Ebene eine ausreichende Finanzierung insbesondere der Regionalen Entwicklungsbanken sicherstellen.

Innovative Industrialisierung unterstützen, die Gute Arbeit schafft: Um die Wertschöpfung in Entwicklungsländern zu erhöhen, müssen wir an drei Punkten ansetzen: Erstens muss durch eine nachhaltige Bewirtschaftung die land- wirtschaftliche Produktivität gesteigert werden, denn das schafft bessere Arbeitsplätze dort, wo ohnehin die meisten Menschen bisher beschäftigt sind. Zweitens muss bei der Privatsektorentwicklung auf den Ausbau von Infrastruktur und gleichzeitig relevanter Fähigkeiten (bspw. durch die berufliche Bildung) gesetzt werden. Drittens muss insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern das Wachstum von Industrien mit hoher Wertschöpfung befördert werden, dafür bedarf es nicht nur eines Technologie-, sondern auch eines Innovationstransfers. Bereits jetzt entstehen in vielen Entwicklungsländern gute, innovative Business-Ideen, die jedoch mangels nachhaltiger Finanzierung ins Stocken geraten. Durch Innovationsfonds müssen Start ups für lokale Märkte gefördert werden. Dabei müssen wir darauf achten, dass lokale Unternehmen auf fairer Basis mit ausländischen Unternehmen konkurrieren können. Die Förderung des Privatsektors, die derzeit im Vordergrund politischer Initiativen, wie z.B. des G20 „Compact with Africa“ (CwA), steht, ist zu begrüßen, muss jedoch dringend auf ihre Wirksamkeit hinsichtlich Beschäftigungseffekten und nachhaltiger wirtschaftlicher Transformation überprüft werden. Den „Marshallplan“ sehen wir dagegen kritisch, da er zu wenig den Aufbau regionaler und lokaler Wirtschaft berücksichtigt und sich in erster Linie auf „Musterschüler“ konzentriert und nicht ausreichend die vielfältigen Realitäten afrikanischer Länder berücksichtigt.

10. WENIGER UNGLEICHHEITEN

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung erreichen und aufrechterhalten

Die Fakten:

- 1 Prozent der Weltbevölkerung hält 99 Prozent des weltweiten Vermögens.
- Einer der Vorstandsvorsitzenden der größten 5 Textilunternehmen muss im Schnitt 4 Tage arbeiten, um den lebenslangen Lohn einer Näherin in Bangladesch zu erzielen.
- Gemessen an den aktuellen Fortschritten wird es noch 217 Jahre dauern, um das Gender Pay Gap zu schließen.

Die Herausforderungen:

Vermögen, Einkommen und Macht sind ungleich verteilt zwischen Ländern, innerhalb von Gesellschaften und zwischen Männern und Frauen. Und Ungleichheit ist bei Weitem nicht nur ein Problem von Entwicklungsländern – auch die OECD warnt vor einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Spaltung. Ungleichheit ist auch eine der Hauptursachen für Migration – innerhalb von Ländern und zwischen Ländern. Die bestehende Ungleichheit ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, die den öffentlichen Sektor schwächen, Finanzmärkte deregulierten und die beispiellose Anhäufung von individuellem und Unternehmensvermögen

ermöglichten. Schätzungen des Internationalen Währungsfonds zufolge gehen den Entwicklungsländern jährlich mehr als 100 Milliarden US Dollar durch Steuervermeidung international agierender Unternehmen verloren. Die extreme Konzentration von Reichtum und Macht gefährdet die gesamte Agenda 2030. Die hohe Verschuldung vieler Entwicklungsländer hemmt deren Entwicklung stark. Gelder, wenn sie denn überhaupt zur Zinszahlung bereitstehen, fehlen für Bildung und Gesundheit. Entschuldungsmaßnahmen sind gefragt, welche die Entwicklungsländer nicht an kaum zu leistende Strukturanpassungen binden. Schuldenerlasse sind bereits in großem Umfang gewährt worden, doch in manchen Ländern ist eine Neuverschuldung zu beobachten.

Unsere Forderungen:

Für mehr Steuergerechtigkeit sorgen: Um die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, braucht es auch einen neuen umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit. Damit werden Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützt, ausreichend eigene Finanzmittel etwa für den Ausbau der Bildungs- und Sozialsysteme zu mobilisieren. Die immer größer werdende Schicht der Reichen in Entwicklungsländern muss genauso zur Steuergerechtigkeit beitragen wie die internationalen Konzerne, die im globalen Süden tätig sind. Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie Finanzverkehr zu illegalen Zwecken müssen international bekämpft werden. Wir wollen über die auf Druck der SPD bereits im Jahr 2015 beschlossene Berichtspflicht für Unternehmen im rohstoffextrahierenden Bereich hinausgehend, dass alle multinational agierenden Unternehmen mehr Transparenz in Form einer öffentlichen und länderbezogenen Berichtspflicht über Gewinne und gezahlte Steuern leisten.

Wir setzen uns für eine umfassende Reform des internationalen Steuersystems ein. Konzerne müssen daran gehindert werden, durch Gewinnverschiebungen an Niedrigsteuerstandorte ihren steuerrechtlichen Pflichten zu entgehen. Deshalb setzen wir uns für eine umfassende Umsetzung der Empfehlungen der OECD gegen Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung multinationaler Konzerne (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) ein. Die von uns vorgeschlagene globale Mindeststeuer soll außerdem dem internationalen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern entgegenwirken.

Wie in Ziel 1 beschrieben, lindern und verhindern soziale Sicherungssysteme Armut. Doch genauso trägt der Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen (Social Protection Floor) dazu bei, soziale Ungleichheiten abzubauen und gerechtere Gesellschaften zu schaffen.

Migration global gestalten: Ob bei der Ausgestaltung von Handelsverträgen, dem Verhalten Transnationaler Konzerne, bei Klima-, Agrar- oder Rohstoffpolitik bis hin zu Waffenexporten: Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen sich ihrer Verantwortung stellen und Flucht und Migration als das behandeln, was es ist – ein globales Phänomen, das nicht erst an den EU-Außengrenzen relevant wird. Migration sollte auch nicht als zu lösendes Problem angesehen werden, sondern als Herausforderung, die einer Ausgestaltung bedarf. Mit dem Globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen gibt es nun einen Kooperationsrahmen, innerhalb dessen wir grenzüberschreitende Mobilität steuern und gestalten können.

11. NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen.

Die Fakten:

- Heute leben etwa 3,5 Milliarden Menschen in Städten, bis 2050 wird die Zahl auf 6,5 Milliarden ansteigen.
- 95 Prozent der urbanen Expansion wird in den kommenden Jahrzehnten in Entwicklungsländern erfolgen.
- Städte sind für $\frac{3}{4}$ der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich.

Die Herausforderungen:

Der Kampf für globale soziale Gerechtigkeit als auch gegen den Klimawandel wird in den Städten dieser Welt entschieden werden. Nahezu der gesamte Bevölkerungszuwachs kommender Jahre wird auf Städte entfallen. Bis zu drei Milliarden Menschen werden im Verlauf weniger Jahre vom Land in die Stadt drängen – es ist die größte Migrationsbewegung unserer Zeit. Kaum eine Stadt ist darauf angemessen vorbereitet. Der Druck auf lebenswichtige Dienstleistungen wie die Trinkwasser- und Abwasserentsorgung, die Abfallsammlung und -entsorgung oder die öffentliche Gesundheitsfürsorge wird zunehmen. Würde sich der Ausbau der Städte mit Zement und Stahl so fortsetzen wie bisher, würde allein die Herstellung der Baumaterialien das weltweit für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels noch verfügbare Emissionsbudget bereits ausschöpfen. Der massive Ausbau intelligenter und CO₂-neutraler Infrastruktur im urbanen Raum ist laut OECD zentrale Voraussetzung für die Erreichung der Pariser Klimaziele.

Unsere Forderungen:

Starke öffentliche Dienste, Infrastrukturen und demokratische Prozesse auf- und ausbauen: Funktionierende, zugängliche und bezahlbare öffentliche Dienste und Infrastrukturen sind Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben. Öffentliche Ansätze haben sich in der Vergangenheit oft als effizienter und universaler erwiesen und waren zudem mit geringeren sozialen Kosten verbunden. Ganz grundsätzlich wird es darum gehen, partikularen Interessen, die die Stadt als Beute und Spekulationsobjekt begreifen, ein Konzept städtischer Infrastruktur entgegenzusetzen, das dem Allgemeinwohl dient – sei es mit Blick auf Wohnen, Mobilität, Sicherheit oder Umweltschutz. Die Voraussetzung für ein gutes Stadtklima ist Vertrauen in die Infrastruktur, aber auch in die Mitmenschen und die lokale Regierung. Die Bekämpfung von Korruption und die Möglichkeit zur Mitgestaltung von Stadtprojekten sind hierfür entscheidend. Dies sind auch Aspekte der „New Urban Agenda“, die aus der UN-Konferenz Habitat III hervorgegangen ist, die wir nachdrücklich unterstützen.

Zugang zu Finanzierungsmitteln für Städteregierungen verbessern: Angesichts des massiven Finanzierungsbedarfs von urbaner Infrastruktur benötigt es auch geeigneter öffentlicher Investitions Garantien und den Zugang zu privatem und öffentlichem Kapital für Städteregierungen.

Das Beschäftigungspotential in Städten stärker in den Mittelpunkt unseres Handelns rücken: Der ökologische Umbau von Städten, große Infrastrukturprojekte, die Schaffung von neuem Wohnraum, neue Angebote für die urbane Bevölkerung, der stetig wachsende Konsum der sich entwickelnden Mittelschichten und neue Anforderungen an nachhaltige Energiegewinnung sowie die generelle Bereitstellung von öffentlichen Gütern wie Sicherheit, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge bieten enorme Potentiale für positive Beschäftigungseffekte. Diese Potentiale gilt es in Zukunft noch stärker zu realisieren.

Städte als Partner gesellschaftlichen Wandels begreifen: Die rasch fortschreitende Urbanisierung kann ein Motor für gesellschaftlichen Wandel sein. Hier entstehen neue ökonomische Potentiale und politische Bewegungen sowie Gewerkschaften finden hier Kristallisationspunkte für ihr Handeln. Eine steigende Zahl von Bewohnern informeller Siedlungen in Städten hat kaum Zugang zu grundlegenden Rechten, wie angemessenem Wohnraum, Energie, sauberer Trinkwasser- und Abwasserversorgung, Gesundheitsversorgung und Bildung. Im Zuge von Urbanisierungs- und Stadtentwicklungsprojekten erfahren diese Menschen häufig auch Vertreibung. Bei Stadtentwicklungsmaßnahmen sollen daher neben der Einhaltung grundlegender Menschenrechte gerade auch das Recht auf Partizipation und auf Information der betroffenen Bewohner gewahrt werden.

Nachhaltige Städte schaffen: Städte sollen ihren Bewohnern nicht nur ein gesundes Lebensumfeld bieten, sondern auch substanziell dazu beitragen, dass Umwelt- und Klimaschutzziele erreicht werden. Für uns sind Energieeffizienz- und Energieeinsparmaßnahmen, der Aufbau dezentraler Solaranlagen, die Durchmischung von Wohn- und Arbeitsquartieren, der Ausbau von Kreislaufwirtschaften und der Ausbau öffentlichen Nahverkehrs Ansätze für eine nachhaltige Stadtpolitik, die ökologische und soziale Aspekte zusammendenkt.

12. NACHHALTIGER KONSUM UND NACHHALTIGE PRODUKTION

Wichtigstes Ziel:

Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen.

Die Fakten:

- Jährlich werden 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel verschwendet. 1/3 aller Lebensmittel in Deutschland landen im Müll.
- Der Rohstoff-Fußabdruck pro Kopf von Entwicklungsländern ist zwischen 2000 und 2017 von 5 auf 9 Tonnen gestiegen.

Die Herausforderungen:

Wir leben in einer globalen Konsum- und Verschwendungsgesellschaft. Sollte die Bevölkerung bis 2050 auf 9,6 Milliarden Menschen anwachsen und wir unseren jetzigen Lebensstil beibehalten, bräuchten wir drei Erden. Auch wenn der Rohstoff-Fußabdruck der Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren alarmierend gestiegen ist, so bleiben die Industrieländer die Schwergewichte. Ihr Fußabdruck ist mindestens noch doppelt so hoch, bei fossilen Energieträgern ist er sogar viermal so groß. Das zeigt deutlich: Konsum und Produktion von Industrieländern müssen sich grundlegend ändern. Notwendig ist der konsequente Auf-

bzw. Ausbau der Kreislaufwirtschaft als nachhaltig ausgerichtete Wirtschaftsweise, bei der Abfälle hochwertig und vollständig als Rohstoff in den Produktionsprozess zurückgeführt werden. Es ist erfreulich, dass 93 Prozent der 250 größten Unternehmen weltweit nun über Nachhaltigkeitsaspekte berichten. Aber getan ist es damit nicht. Nachhaltiger Konsum kann keine individuelle Entscheidung des Konsumenten sein. Es bedarf verbindlicher Regelungen für nachhaltige Produktionsweisen insbesondere in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie.

Unsere Forderungen:

Mehr Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung erreichen: Allein in Deutschland beläuft sich die Summe der öffentlichen Beschaffungen schätzungsweise auf 360 Milliarden Euro pro Jahr, das sind rund 13 Prozent des BIP. Die öffentliche Hand hat damit eine große Nachfragemacht und kann durch den gezielten Einkauf und spezifische Bedingungen Anbieter beeinflussen. Um sozial-ökologische Kriterien in Vergabeentscheidungen stärker zu berücksichtigen, müssen die EU-Vergaberichtlinien sowie Richtlinien auf Bundes- und Landesebene um verbindliche und einheitliche Regelungen erweitert werden. Über den Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte wollen wir zudem sicherstellen, dass Nachhaltigkeitsstandards auch entlang der Lieferketten eingehalten und überprüfbar nachgewiesen werden.

Reduzierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030 um mindestens 50 Prozent: Für die Produktion der Lebensmittel werden Wasser, Energie und Rohstoffe verbraucht, landwirtschaftliche Flächen genutzt und Arbeitskraft investiert. Die Verringerung von Lebensmittelabfällen ist eine höchst sinnvolle Klimaschutzmaßnahme, da der Druck auf die globale Landwirtschaftsfläche durch jede bessere bzw. effizientere Nutzung von Lebensmitteln verringert wird.

Reduzierung des Fleischkonsums: Bis 2050 sollte der Fleischverzehr pro Kopf auf 300 bis 600 Gramm pro Woche halbiert werden. Damit würden weniger Tiere – v.a. Kühe – gehalten und die klimaschädlichen Treibhausgase verringert. Gleichzeitig entspricht dies den Empfehlungen der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) für eine gesunde Ernährung.

Handel mit Konfliktmineralien beenden: Computer, Smartphones oder Autos – täglich nutzen wir Produkte, in denen eine Vielzahl an mineralischen Rohstoffen steckt. Unser steigender Konsum und der „Rohstoffhunger“ der Industrie bedingen einander gegenseitig. Der Abbau von Rohstoffen ist häufig mit Konflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen verknüpft. Daher wollen wir die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien zügig und mit starken nationalen Durchführungsbestimmungen umsetzen und uns auf europäischer Ebene für die Abschaffung der Freigrenzen einsetzen. Weiterhin wollen wir zu einer Ausweitung der Verordnung auf die gesamte Lieferkette kommen und langfristig ihre Ausweitung auf alle Rohstoffe einschließlich seltener Erden auch außerhalb von Konfliktregionen erreichen.

13. MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

Wichtigstes Ziel:

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Die Fakten:

- Seit der Industrialisierung ist die Temperatur um 1°C gestiegen.
- Um die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 um 45 Prozent zurückgehen.
- 175 Länder haben das Pariser Abkommen unterzeichnet, davon haben 168 Strategien für Nationale Klimaschutzbeiträge vorgelegt.

Die Herausforderungen:

Uns läuft die Zeit davon. Der Klimawandel bedroht weltweit nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in vielen Ländern sowie grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, Wasser, Gesundheit oder angemessenes Wohnen. Der Weltklimarat warnt in seinem Sonderbericht: Wollen wir unsere Ökosysteme sowie die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen erhalten, müssen wir die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. Und dafür bedarf es eines radikalen Umsteuerns – vor allem in Industrie- und Schwellenländern, den Ländern mit dem größten ökologischen Fußabdruck. Die globalen Umweltveränderungen führen bereits jetzt zu einer deutlichen Verschärfung politischer, ökonomischer und sozialer Konflikte. Die Bewältigung des Klimawandels ist im Kern eine Gerechtigkeitsfrage: Die Länder mit den geringsten CO₂-Emissionen sind den Folgen des Klimawandels am stärksten ausgeliefert.

Unsere Forderungen:

Den Pariser Klimavertrag umsetzen und das 1,5-Grad-Ziel erreichen: Wir müssen aus der fossilen Wirtschaft und Gesellschaft aussteigen. Dazu müssen wir im Energiesektor, in der Landwirtschaft, dem Bausektor, den Verkehrssystemen und der Stadtentwicklung umdenken. Und die Industrie- und Schwellenländer müssen den ersten Schritt unternehmen, denn sie stehen nicht nur in der historischen Pflicht, sondern verfügen über die notwendigen finanziellen Ressourcen, das technische Know-how und durchsetzungsfähige staatliche Strukturen. Jetzt haben wir die Chance, mit einem ambitionierten Klimaschutzgesetz zu beweisen, wie wir ressortübergreifend die verschiedenen Sektoren miteinander koppeln und einen kohärenten Umsetzungsplan schaffen. Die Verbindung von Klimapolitik und sozialer Frage ist dabei für uns die Voraussetzung für gelingenden und nachhaltigen Klimaschutz.

Klimafinanzierung sichern: Gerade die Länder des Globalen Südens, die am wenigsten zu den CO₂-Emissionen beitragen, sind von den negativen Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen – aufgrund ihrer geografischen Lage, mangelnder Infrastruktur, unzureichender Anpassungskapazitäten, Armut und schwacher Institutionen. Für sie ist es besonders wichtig, dass auch das Versprechen der Industrieländer, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US Dollar an Klimafinanzierung zu mobilisieren, auch eingehalten wird. Wir stehen zu den deutschen Zusagen. Dazu gehört auch eine ambitionierte Steigerung der Nationalen Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs), sowohl unserer eigenen, als auch in Form von konkreten Unterstützungsleistungen der Umsetzung nationaler Klimaschutzpläne anderer Staaten, beispielsweise im Rahmen der NDC-Partnerschaft.

14. LEBEN UNTER WASSER

Wichtigstes Ziel:

Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Lande ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern

Die Fakten:

- Jährlich überfluten rund zehn Millionen Tonnen Plastikmüll die Weltmeere.
- Über drei Milliarden Menschen sind von der Artenvielfalt in den Meeren und an den Küsten abhängig, da ihre Haupterwerbsquellen Landwirtschaft und Fischerei sind.

Die Herausforderungen:

71 Prozent unserer Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt, sie bilden das größte Ökosystem der Welt und tragen zur Nahrungsmittelsicherheit bei. Meere sind wichtige Sauerstoffproduzenten und CO₂-Senken. Doch Meere sind die am wenigsten geschützten Gebiete. Allein der Große Pazifische Müllstrudel soll 4,5-mal so groß sein wie Deutschland. Plastikmüll in den Weltmeeren ist ein Problem, das zunehmend die Wal-, Delfin-, Meeresschildkröten- und Seevögelbestände reduziert. Über die Nahrungskette gelangt Mikroplastik schließlich auch auf unsere Teller. Zehn Flusssysteme – acht in Asien und zwei in Afrika – verursachen rund 90 Prozent des globalen Plastikeintrags in die Weltmeere. Weltweit gelten 33 Prozent der kommerziell genutzten Fischbestände als überfischt, nur 12 Prozent des jährlich gefangenen Fisches wurde nachhaltig gefangen.

Unsere Forderungen:

Notbremse ziehen – Einträge von Plastikmüll verringern und grundsätzlich Abfälle vermeiden: Plastik ist überall und Plastik bleibt. Die wichtigste Aufgabe in der nahen Zukunft ist daher die Festlegung von konkreten Regelungen zum Produktdesign auf europäischer und nationaler Ebene. Hersteller sollen ressourcenschonende, langlebige, reparier- und recycelbare Produkte schaffen. Wir sind für eine ambitionierte Plastikstrategie: Stärkung von Mehrweg-, Rückgabe-, Pfand-, Leasing- oder Leihsystemen, Mikroplastik in Kosmetika verbieten, Recyclingfähigkeit von Verpackungen und Produkten aus Plastik fördern und den Einsatz von Sekundärmaterialien stärken.

Die Abfallsammel- und Entsorgungsinfrastruktur in den Schwellen- und Entwicklungsländern muss mit unserer Hilfe deutlich verbessert werden, um auf diesem Weg den Plastikeintrag in die Weltmeere deutlich zu verringern. Bis 2022 haben wir 50 Millionen Euro im Haushalt bereitgestellt für die Unterstützung des Exportes deutscher Abfallsammel- und Recyclingtechnologie.

Nachhaltige Fischerei stärken: Um die Überfischung wirkungsvoll einzudämmen, setzen wir uns ein für die Förderung ökosystemgerechter Fangtechniken, für wirksame Fischereiregelungen in Handelsabkommen und den Aufbau eines nachhaltigen und effektiven Fischereimanagements in Partnerländern. Für die Fischereipolitik der Industrieländer bedeutet dies in erster Linie: niedrigere Fangquoten festzulegen, um Fischbestände nachhaltig zu bewirtschaften, und schädliche Subventionen in der Fischerei zu beenden, da sie zur raschen Erschöpfung vieler Fischarten beitragen. Handelsabkommen müssen eine umweltverträgliche

und nachhaltige Fischerei fördern und die Rechte und Bedürfnisse der lokalen Fischer schützen. Ihnen müssen ausreichende Fangzonen zugestanden werden.

Meeresschutzgebiete einrichten: Wir benötigen ein globales Netz von Meeresschutzgebieten insbesondere auf hoher See, um einerseits die maritime Artenvielfalt langfristig zu erhalten und andererseits der Überfischung entgegenzuwirken. Meeresschutzgebiete sind Gebiete, in denen jegliche extraktive und zerstörerische menschliche Nutzung, wie Fischerei, Öl- und Gasförderung sowie Sand- und Kiesabbau ausgeschlossen ist. Auch die Fischerei profitiert von Meeresschutzgebieten, in denen sich überfischte Bestände erholen und die Populationen wieder anwachsen können. Auf internationaler Ebene machen wir uns daher für die Einrichtung von Meeresschutzgebieten stark.

15. LEBEN AN LAND

Wichtigstes Ziel:

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Die Fakten:

- Pro Minute werden 35 Fußballfelder Wald gerodet.
- Die Natur hat mit ihrer Vielzahl an Lebewesen eine ökonomische Wertschöpfung von rund 125 Billionen US Dollar jährlich.
- Sechs Milliarden Menschen sind direkt von der Landwirtschaft abhängig, aber 52 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen sind von Bodenverschlechterung mäßig oder stark betroffen.

Die Herausforderungen:

Wälder sind die Lungen der Erde. Sie bedecken knapp 30 Prozent der Landoberfläche und neben den Meeren sind sie die wichtigsten Ökosysteme: Sie beherbergen 80 Prozent der terrestrischen Artenvielfalt, regulieren das Klima, in dem sie Sauerstoff produzieren und CO₂ binden. Sie speichern Süßwasservorräte und sind zudem für 1,6 Milliarden Menschen die Lebensgrundlage. Aber durch massive menschliche Eingriffe sind nur noch 20 Prozent der einstigen Urwaldflächen erhalten und jährlich müssen 13 Millionen Hektar Wald neuen Agrarflächen weichen. Durch Umweltverschmutzung, Übernutzung von Ökosystemen und Klimaerwärmung nimmt die Biodiversität rapide ab. So sind innerhalb von knapp 45 Jahren die weltweiten Wirbeltierbestände um 60 Prozent zurückgegangen.

Unsere Forderungen:

Agrarökologische statt agrarindustrielle Produktion und keine Waldrodung für Agrarflächen: Um die steigende Nachfrage nach Palmöl, Soja und Kakao zu stillen, werden immer mehr Agrarflächen benötigt – daher werden Wälder „umgewandelt“. In erster Linie sind die tropischen Regenwälder betroffen. Für die internationale Waldpolitik müssen wir zukunftsweisende Vereinbarungen entwickeln, die eine wirtschaftliche Entwicklung mit der nachhaltigen Nutzung ebenso in Einklang bringen wie mit dem Schutz von kultivierten Böden, Landflächen und Wäldern. Daran müssen sich auch internationale Konzerne halten. Dass die Rechte von lokalen Kleinbauern und ansässiger Völker dabei geachtet und gestärkt werden, ist

für uns die Voraussetzung für gelingenden Waldschutz. Die Schaffung von Schutzgebieten darf die lokale Bevölkerung nicht benachteiligen, sondern muss sie mit ökonomischen Anreizen und besseren Zugängen zu Bildung und Dienstleistungen in die Naturschutzarbeit einbeziehen, damit sie die Projekte als die ihren annehmen und auch verteidigen.

Weltbiodiversitätsrat mehr Gewicht geben: Was der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) mit seinen jährlichen Berichten zum Zustand des Weltklimas leistet, übernimmt der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES) für die Situation der Biodiversität. Doch erhalten die Berichte des Weltbiodiversitätsrat bei Weitem nicht genug Aufmerksamkeit. Dabei besteht zum Schutz der Biodiversität ebenso dringender politischer Handlungsbedarf. Von ihr hängt in vielerlei Hinsicht das Wohlergehen der Menschen ab – das Bienensterben und die daraus erwachsenden Konsequenzen sind hier nur ein Beispiel. Das Erscheinen des ersten globalen Zustandsberichts über „Biodiversität und Dienstleistungen von Ökosystemen“ im April 2019 haben wir zum Anlass genommen, um für politische Aufmerksamkeit zu sorgen, die Empfehlungen zu diskutieren und zu handeln.

Wilderei stoppen. Wir wollen, dass der Wilderei und dem Handel mit geschützten Pflanzen- und Tierarten – als viertgrößter Ursache organisierter Kriminalität weltweit – ein Ende gesetzt wird. Wilderei fördert Korruption, finanziert den internationalen Terrorismus, schafft enorme außen- und sicherheitspolitische Risiken und behindert die wirtschaftliche Entwicklung vieler Länder. Wir fordern die Einhaltung und Umsetzung der einschlägigen UN-Resolutionen und den Aufbau eines globalen Mechanismus zur Bekämpfung von Wilderei. Dieser soll von einem UN-Sonderbeauftragten für Wilderei und illegalen Artenhandel überwacht werden.

16. FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

Wichtigstes Ziel:

Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Die Fakten:

- 1,26 Billionen US Dollar entgehen Entwicklungsländern jährlich durch Korruption, Bestechung, Diebstahl und Steuerhinterziehung.
- Konflikte sind die Hauptursache für Flucht und Migration – 55 Prozent aller Geflüchteten weltweit stammen allein aus Afghanistan, dem Südsudan und Syrien.
- Seit 2015 wurden mindestens 1.019 Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Gewerkschafter in 61 Ländern getötet.

Die Herausforderungen:

Vor allem jene Staaten, die von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffene sind, machen kaum Entwicklungsfortschritte. Fragile Staatlichkeit ist laut OECD vor allem dadurch gekennzeichnet, dass staatliche Institutionen nicht in der Lage oder willens sind, grundlegende Dienstleistungen der Daseinsfürsorge zur Verfügung zu stellen oder das staatliche Gewaltmonopol im Sinne der Bürger auszuüben. Die Agenda 2030 mit ihrer umfassenden Friedensdimension macht deutlich: Entwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn Frieden, gute

Regierungsführung, Teilhabe und Gerechtigkeit berücksichtigt werden. Fragilität und Gewalt sind keine rein innerstaatlichen Angelegenheiten, denn ihre Auswirkungen sind meist grenzübergreifend. Gleichzeitig sind die Ursachen keinesfalls nur hausgemacht: Illegaler Handel mit Waffen, Drogen und Menschen, der Handel mit (Konflikt-)Rohstoffen oder die Landnahme zur Energie- und Ernährungssicherung in Industrieländern haben massive Auswirkungen auf die Dynamiken lokaler Konflikte.

Unsere Forderungen:

Leitlinien umsetzen: Die Bundesregierung muss konsequent die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ umsetzen. Dazu sind verbindliche, ressortübergreifende Instrumente notwendig, um zu überprüfen, ob das Handeln friedensverträglich ist – sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union. Es müssen Strukturen und Verfahren etabliert werden, die eine institutionalisierte und partnerschaftliche Beteiligung von Zivilgesellschaft insbesondere in Konfliktkontexten sicherstellen – vor, während und nach der Konfliktbearbeitung. Daher wollen wir einen regelmäßigen „Friedenspolitischen Bericht“ als wichtiges Kommunikations- und Diskussionsinstrument einführen, der unsere Politik einer systematischen Überprüfung unterzieht.

Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte eintreten: Wir wollen freie und solidarische Gesellschaften fördern, in denen die Menschen die gleichen Chancen auf politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe haben – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Politische und bürgerliche Grundrechte sind uns dabei genauso wichtig wie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte. Der weltweite Trend zur Einschränkung von Zivilgesellschaft und freien Medien ist für uns äußerst beunruhigend. Wir fordern daher, dass die Lage von Menschenrechten, Medien und Zivilgesellschaft kein Feigenblatt in Regierungskonsultationen bleibt, sondern Menschenrechtsverletzungen offensiv und robust angesprochen werden. Weiterhin ist Sport als anerkanntes Mittel der Förderung des Friedens und der Entwicklung einzusetzen. Besonders Kinder und Jugendliche lernen mit Hilfe des Sports faires und tolerantes Verhalten kennen, stärken ihr Selbstwertgefühl und entwickeln die Bereitschaft auch Verantwortung zu übernehmen.

Europäisch handeln: Drei Handlungsfelder stehen dabei für uns im Vordergrund: Erstens wollen wir uns im Rahmen der EU für die Stärkung regionaler Sicherheitsarchitekturen einsetzen. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass wir uns mit unseren europäischen Partnern auf gemeinsame, restriktive Standards für die Rüstungsexportkontrolle auf europäischer Ebene verständigen. Zweitens gilt es den „Train and Equip“-Ansatz weiterzuentwickeln. Dieser darf nicht nur wie bisher einseitig darauf abzielen, den Sicherheitssektors zu ertüchtigen. Es müssen zugleich demokratische Institutionen zur Kontrolle und Reform von Sicherheitskräften gestärkt werden. Sicherheitssektorbezogene Unterstützung in Polizei, Justiz und Militär muss zwingend auf einem menschenrechtsbasierten, demokratischen Ansatz beruhen, der eine demokratisch kontrollierte Arbeit und Rechenschaftspflicht der so gestärkten Strukturen sicherstellt. Drittens halten wir an der Forderung nach dem Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps fest, um Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung auszubauen.

17. PARTNERSCHAFTEN, UM DIE ZIELE ZU ERREICHEN

Wichtigstes Ziel:

Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Die Fakten:

- Um die SDGs zu erreichen werden bis zu 7 Billionen US Dollar an jährlichen Investitionen benötigt.
- 2016 haben nur fünf Länder das 0,7-ODA-Ziel erreicht.
- Weltweit sind die Rücküberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer über dreimal so hoch wie die staatlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA), die die Länder erhalten.

Die Herausforderungen:

Wenn die Weltgemeinschaft die Nachhaltigkeitsziele erreichen will, dann muss sie enger zusammenrücken. Den Ländern des globalen Nordens kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, den globalen Süden durch Partnerschaften bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu unterstützen. Denn für die „Transformation unserer Welt“ müssen Finanzierungszusagen eingehalten, faire Handelsregime entwickelt, Kapazitäten aufgebaut und Technologien bereitgestellt werden. Aber die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit aller Geberländer sind von 2016 auf 2017 gesunken. Die ODA-Quote (Anteil der öffentlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit gemessen am Brutto-National-Einkommen) aller Geberländer beträgt im Durchschnitt 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens und ist damit weit von den global vereinbarten 0,7 Prozent entfernt.

Unsere Forderungen:

Finanzzusagen einhalten: Wir stehen weiterhin zu dem 0,7-Prozent-ODA-Ziel. Die Vielzahl der verfügbaren Finanzierungsansätze verkompliziert die Entwicklungsfinanzierung. Was bisher eine Landschaft aus weitgehend unkoordinierten Akteuren ist, muss in ein harmonisiertes Finanzierungssystem überführt werden. Das ermöglicht den Regierungen von Entwicklungsländern, ihren eigenen optimalen Finanzierungsmix zu nutzen. Im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes des Addis-Abeba-Aktionsplans soll die Finanzierung nicht nur einfach erhöht, sondern maximiert werden, d.h. die Entwicklungswirkung schon bestehender oder auch zusätzlicher Ressourcen soll verbessert werden. Privates Kapital kann die Entwicklungsfinanzierung unterstützen, darf ihr aber niemals entgegenwirken. Privates Geld darf nur dann eingesetzt und durch staatliche Mittel abgesichert werden, wenn die Vorhaben armutsreduzierend wirken, der Agenda 2030 entsprechen und im Einklang mit den international anerkannten Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards stehen.

Entwicklung braucht Entschuldung: 119 Entwicklungs- und Schwellenländer sind kritisch verschuldet, in 87 von ihnen hat sich die Verschuldungssituation weiter verschlechtert, 13 Länder mussten ihre Schuldentrückzahlungen aktuell ganz oder zumindest teilweise einstellen. Schuldenkrisen haben konkrete Auswirkungen auf die Bevölkerung der betroffenen Länder, indem z.B. Schulgebühren eingeführt oder Ausgaben für die Gesundheitsversorgung gekürzt werden. Unter diesen Maßnahmen leiden vor allem die Ärmsten und Verwundbarsten in der Gesellschaft. Deshalb braucht es sowohl präventive Maßnahmen, wie z.B. Leitlinien für die

verantwortliche Kreditaufnahme, wie sie die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) entwickelt hat, als auch faire und verlässliche Regeln für den Umgang mit Schuldenkrisen. Für eine begrenzte Ländergruppe, für die eine Überschuldung besonders bedrohlich ist, unterstützen wir den Aufbau eines standardisierten Entschuldungsverfahrens.

Internationale Steuergerechtigkeit herstellen: Steuervermeidung und Steuerhinterziehung betreffen Entwicklungsländer in besonderem Maße. Für effektive wirtschaftliche Entwicklung muss auch internationale Steuergerechtigkeit hergestellt werden. Die Länder des globalen Südens müssen bei dem Aufbau von effektiven und gerechten Steuersystemen unterstützt werden. Wir werden Abkommen zur Anpassung der Steuern in regionalen Gemeinschaften initiieren und begleiten. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt sich die SPD wo sie nur kann für weitreichende internationale Regeln und eine starke Zusammenarbeit in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der G20 ein.

Für Fair Play im Welthandel eintreten: Wir fordern eine Handelspolitik, die das Wohl der Menschen hier und weltweit in den Mittelpunkt politischen Handelns stellt. Mit klaren Regeln in der Handelspolitik können wir Globalisierung gerechter gestalten. Das bedeutet für uns, dass in Europa verkaufte Waren unter fairen Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards produziert werden. Deshalb müssen in allen EU-Handels-, -Investitions- und -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen vereinbart werden. Wir unterstützen die Entwicklungsländer dabei, Kompetenzen zur Einhaltung und Überprüfung von Standards aufzubauen.

Zugleich muss die Handelspolitik dazu beitragen, dass die Entwicklungschancen ärmerer Länder verbessert werden. Wir sehen die bisherigen Freihandelsabkommen mit der Gruppe afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (Economic Partnership Agreements – EPAs) kritisch, da sich der Liberalisierungsdruck auf die Märkte in den Entwicklungsländern schädlich auswirkt. Wir wollen prüfen, ob anstelle der EPAs WTO-konforme und weltweit ausgeweitete und differenzierte Präferenzzugänge in die Europäische Union für alle Entwicklungsländer eingeführt werden können. Außerdem wollen wir Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone unterstützen.

Eine Handelspolitik, die Vertrauen aufbaut, Rechtsstaatlichkeit stärkt und Gerechtigkeit durchsetzt, muss demokratischer und transparenter sein als bisher. Daher müssen Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteure bei der Umsetzung von Handelsabkommen aktiv eingebunden werden.